

24.11.2008 / Ausland / Seite 6

Exiltibeter machen weiter

Ingo Nentwig

Am Sonntag hielt der Dalai Lama zum Abschluß der einwöchigen Tagung von über 600 Exiltibetern aus aller Welt in Dharamsala (Indien) eine Rede. Selbst hatte er an den Sitzungen nicht teilgenommen, um den Delegierten »eine freie Diskussion« zu ermöglichen. Trotzdem war die Versammlung am Samstag in einer ersten Erklärung zu dem Schluß gekommen, den bisherigen Kurs eines »mittleren Weges« im Kampf gegen China beizubehalten. Damit folgte sie dem bisherigen Kurs des Dalai Lama.

In der Erklärung hieß es aber auch, daß man – falls China nicht bald den Forderungen der Exiltibeter entgegenkommen sollte – zu einem »härteren Kurs« übergehen und statt »authentischer Autonomie« die Unabhängigkeit Tibets fordern würde. Peking ist das herzlich egal. Erst am 29. Oktober hatte Großbritannien als letztes Land der Welt die Souveränität Chinas über Tibet auch offiziell anerkannt. Bisher hatten die Briten sich an das Simla-Abkommen gebunden gefühlt, das nur Chinas Suzeränität (Oberhoheit) anerkannt hatte. Völkerrechtlich ist die »Tibet-Frage« damit vom Tisch. Doch als politisches Problem bleibt sie bestehen – und das wird die Anhänger einer interventionistischen, »werteorientierten« Außenpolitik im Westen freuen.

Der Dalai Lama warnte in seiner Sonntagsrede die Delegierten vor einer »großen Gefahr«, die den Tibetern drohe, wenn es in den nächsten 20 Jahren keine substantiellen Fortschritte geben sollte. Er habe das »Vertrauen in die chinesische Regierung verloren«, sagte er. Immerhin war es ihm 50 Jahre lang gelungen, dieses Vertrauen so gut zu verbergen, daß es niemand bemerkt hat. Auch von einem Rückzug aus der Politik ist keine Rede mehr. Er wird der Welt also erhalten bleiben und weiter die Qualität der chinesischen Staats- und Parteiführung an den Illusionen seiner Wunschtraumwelt messen, die mit Tibet etwa so viel zu tun hat, wie Disneyland mit Detroit. Inzwischen ist das »Memorandum« veröffentlicht worden, das seine Unterhändler der chinesischen Seite vorgelegt hatten. Es fällt weit hinter seine »Olivenzweig-Erklärung« vom 6. August in der New York Times zurück und enthält die Forderung nach einem autonomen Staat auf 25 Prozent der Fläche Chinas und nach ethnischer Separation, die in der beschriebenen Form nur durch Maßnahmen zu erreichen wäre, für die sich das Unwort »ethnische Säuberungen« eingebürgert hat. Mangelnde Sachkenntnis in vielen Details scheinen sich hier mit der chronischen Unfähigkeit zu vereinen, die Realität der letzten Jahrzehnte auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Wiederum liegt die Vermutung nahe, daß die Verhandlungen mit Peking nur geführt wurden, um sie medienwirksam wieder abbrechen zu können, und daß von vornherein keinerlei wirkliches Interesse an einem Kompromiß bestand.

Jetzt ist man wieder genau da, wo man vor dem antichinesischen März-Pogrom tibetischer Mönche und Jugendlicher war und kann getrost mit der Vorbereitung des nächsten Propagandafeldzuges gegen China beginnen.